



Ausschuss für Migrationsangelegenheiten

9. Sitzung (öffentlich)

20. September 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 11.45 Uhr

Vorsitz: Britta Altenkamp-Nowicki (SPD)

Stenograf: Günter Labes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2002 (Haushaltsgesetz 2002)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/1400

**Einzelplan 15 - Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation
und Technologie**

hier: Kapitel 15 060 und 15 510

1

Dem Überblick von Minister Schartau über die den Migrationsausschuss betreffenden Haushaltsansätze schließt sich eine kurze Aussprache an.

2 Integrations-Initiative Nordrhein-Westfalen

Vorlage 13/786

5

Der Ausschuss nimmt einen Bericht des Staatssekretärs zur Integrations-Initiative Nordrhein-Westfalen entgegen.

3 "Qualitativer Sprung in der Frauenpolitik - Gender Mainstreaming gezielt und konsequent umsetzen"

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 13/713

Vorlage 13/652

8

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Ausschuss einstimmig
- bei Stimmenthaltung der FDP - die Annahme des Antrages.

4 Evaluation der mit Landesmitteln geförderten Antidiskriminierungsprojekte**- Abschlussbericht -**

Vorlage 13/774

8

Staatssekretär Dr. Fischer erstattet dem Ausschuss einen Bericht zur Evaluation der mit Landesmitteln geförderten Antidiskriminierungsprojekte. Dem schließt sich eine Aussprache an.

5 Verschiedenes

13

Der Ausschuss beschließt einstimmig, beim Präsidenten eine Kommissionsreise des Ausschusses nach Kanada zu beantragen.

Einigkeit besteht im Ausschuss ferner darüber, dass diese Reise möglichst unter Begleitung von Pressevertretern erfolgen soll, um auch die Inhalte der Reise zu transportieren. Geprüft werden soll, ob nicht der Landtag zumindest Teile der Kosten für die Pressevertreter übernehmen kann.

Aus der Diskussion

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2002 (Haushaltsgesetz 2002)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/1400

Einzelplan 15 - Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie

hier: Kapitel 15 060 und 15 510

Minister Harald Schartau (MASQT) führt aus:

Der Haushalt 2002 steht unter zwei Vorzeichen: Die Landesregierung wird ihren strikten Konsolidierungskurs fortsetzen. Auf der anderen Seite wollen wir durch die Neueinstellung von 6.100 zusätzlichen Lehrkräften im Schulbereich eine entscheidende Zukunftsinvestition in diesem Bereich vornehmen.

Das gilt auch für den zweiten Schwerpunkt "Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit". Beide Aspekte sind für den Bereich der Integrationspolitik, für den wir gemeinsam Verantwortung tragen, von enormer Bedeutung.

Die Berücksichtigung dieser Prämissen bedeutet: Wer Haushaltskonsolidierung will, wer eine bildungspolitische Schwerpunktsetzung will, der muss dafür auch Verantwortung übernehmen. Verantwortung übernehmen heißt auch, dass sich kein Ressort nach dem Motto verhalten kann "Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass".

Trotz dieser allgemeinen Bemühungen hat der Landtag mit der Entschließung "Integrationsoffensive Nordrhein-Westfalen" einen bedeutenden Schritt zu einer gemeinsamen Aktivität im Rahmen der Integrationspolitik gemacht. Diesem Schritt fühlt sich die Landesregierung - insbesondere das zuständige Ressort - außerordentlich verpflichtet. Ich möchte deshalb betonen, dass wir der besonderen Bedeutung dieser Entschließung auch dadurch gerecht geworden sind, dass wir trotz des Vorzeichens, notwendige Einsparungen vorzunehmen, die wichtigen Ansätze für den Bereich der Integrationspolitik überrollen konnten.

Gerade vor dem Hintergrund der terroristischen Anschläge in den USA soll ein wichtiges Zeichen gesetzt werden: Wir werden in unserem Integrationskurs unbeirrt weiter vorangehen. Wir sehen keinen Anlass, jetzt zurückzustecken, ins Straucheln zu kommen oder gar Maßnahmen wieder hinten anzustellen. Genau das Gegenteil ist jetzt richtig.

Für uns bedeutet dies, dass wir vor allem unsere vorhandenen Programme noch effizienter ausgestalten wollen. Unsere nordrhein-westfälische Infrastruktur bietet

dafür die geeignete Grundlage. Dies wird uns nicht nur von Experten außerhalb des Landes bestätigt. Diese Bewertung findet sich ja auch im gemeinsamen Entschließungsantrag des Landtages wieder.

Auch können Entwicklungen auf der Bundesebene zu neuen integrationspolitischen Auswirkungen in Nordrhein-Westfalen führen. Wie für die Bundesebene gilt für die Landesregierung, dass die Schritte zu einem Zuwanderungsgesetz jetzt mit aller Klarheit weitergegangen werden müssen.

Es wäre ein wichtiges gesellschaftliches, aber auch wirtschaftliches Aufbruchsignal, wenn wir in Deutschland auf überparteilicher Basis zu modernen Verfahren und Regelungen im Rahmen der Zuwanderung kommen würden. Das gilt in diesen Tagen erst Recht. Ich werde jedenfalls in diesem Sinne agieren und wünsche mir, wenn auch Sie in Ihren politischen Zusammenhängen auf Konsens drängten.

Was uns mit der Integrationsoffensive für Nordrhein-Westfalen gelungen ist, sollte doch auch im Rahmen eines Zuwanderungsgesetzes auf Bundesebene möglich sein: Maximalforderungen und Trennendes beiseite schieben, die Gemeinsamkeiten in den Blick nehmen und schließlich zu einem breiten Parteienkonsens zu kommen.

Einige Ausführungen zu Einzelaspekten: Im Jahre 2002 werden wir insgesamt im Kapitel 15 060 79,8 Millionen Euro für Maßnahmen für Spätaussiedler, ausländische Arbeitnehmer und deren Angehörige sowie ausländische Flüchtlinge bereitstellen. Hinzu kommen noch einmal die gut 16,1 Millionen Euro aus dem Kapitel 15 510, mit denen der Betrieb und die Arbeit der Landesstelle Unna-Massen und des Landesentrums für Zuwanderung finanziert werden.

Die Kürzungen im Gesamtvolumen des Kapitels sind darauf zurückzuführen, dass wir die gesetzlichen Leistungen nach § 4 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes - also die Zahlung von Kostenpauschalen für jüdische Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion an die Kommunen -, wie auch die Leistungen nach § 9 Abs. 2 des Landesaufnahmegesetzes - das sind die Kostenpauschalen für die Unterbringung von Spätaussiedlern - an den Bedarf anpassen. Im ersten Fall geht es um einen Minderbedarf in Höhe von rd. 4,1 Millionen Euro, im zweiten um einen Minderbedarf in Höhe von 3,95 Millionen Euro.

Der Haushalt für unsere integrationspolitischen Programme ist überrollt worden. Die Integration der zahlenmäßig größten Gruppe, die Zuwanderer aus den ehemaligen Anwerbeländern und deren Angehörige, werden wir auch im Jahre 2002 durch Zuschüsse in einer Gesamthöhe von 11,29 Millionen Euro in unterschiedlichen Bereichen fördern.

Ich nenne hier die Wohlfahrtsverbände, die durch ihre Sozialberatung oder den Betrieb von Ausländerzentren wichtige integrationspolitische Aufgaben übernehmen.

Gemeinsam mit freien Trägern leisten sie zudem einen wichtigen Beitrag zur beruflichen Integration Jugendlicher aus Zuwandererfamilien.

Hier wirken auch die 27 Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien und die Hauptstelle RAA in Essen.

In der alltäglichen Arbeit wächst auch die Bedeutung der Migrantenselbstorganisation.

Die Förderung für die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvvertretungen, der LAGA NRW, haben wir in Anpassung an die gestiegenen Personalkosten in geringem Umfang erhöhen können.

Auch bei der Förderung von Maßnahmen und Initiativen zur Eingliederung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern können wir das bisherige Niveau halten. So fördern wir weiterhin mit den insgesamt 1,6 Millionen Euro der Titelgruppe 65 im Kapitel 15 060 Maßnahmen zur Förderung der sozialen und der beruflichen Integration von Spätaussiedlern. Unter anderem kommen diese Mittel den berufsorientierten Sprachkursen für Spätaussiedler und Kontingentflüchtlingen zugute, über die dieser Ausschuss bereits mehrfach diskutiert hat. Nicht unerwähnt lassen möchte ich, dass aus dieser Titelgruppe auch die wichtige Arbeit des Landesbeirats für Spätaussiedlerfragen seine Förderung erfährt.

Der Erfolg von Integrationspolitik hängt auch davon ab, inwieweit es ein gesellschaftliches Klima der Toleranz und des gegenseitigen Verstehens gibt. Deshalb fördern wir eine Vielzahl von Projekten und Einrichtungen, die dem friedlichen Miteinander von Zugewanderten und Einheimischen dienen, z. B. Maßnahmen und Initiativen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung sowie zur friedlichen Konfliktregelung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf oder den Förderverein der Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Nordrhein-Westfalen e. V.

Willi Zylajew (CDU) hebt hervor, im Haushalt müsse das umgesetzt werden, was in der Integrationsoffensive von allen Fraktionen zunächst einmal ohne Zahlen zu den Kosten zu Papier gebracht worden sei. Seine Fraktion habe diese Einstellung bereits vor den dramatischen Ereignissen in der vergangenen Woche eingenommen. Dieser Haushaltsentwurf sei im Kernbereich sicher vor der Festlegung für eine Integrationsoffensive erstellt worden, sodass seine Fraktion darin noch nicht deren Umsetzung wiederfinden könne. Die CDU-Fraktion halte es nicht für sinnvoll, mit Maximalforderungen in die Haushaltsberatungen hineinzugehen. Vielmehr müsse jede Fraktion für sich ihre wesentlichen Eckpunkte festlegen. Jetzt stünden Überlegungen an, wie die Entschließung "Integrationsoffensive Nordrhein-Westfalen" in Mark und Pfennig umzusetzen sei. Er wünsche sich, wenn für den Haushalt der gleiche unorthodoxe Weg gefunden werde, der zu der gemeinsamen Entschließung geführt habe. Dafür werde die Begleitung des Ministeriums benötigt. Deshalb bitte er den Minister, dem man insoweit Vertrauen entgegenbringe, dem Ausschuss eine Person zur Verfügung zu stellen, die offen für Überlegungen sei und sich nicht hinter Bewilligungsbescheiden zurückziehe, die schon für Einrichtungen und Maßnahmen in der Schublade lägen. Er biete für die CDU-Fraktion an, Gutes fortzusetzen, aber nicht positiv laufende Maßnahmen abzuschaffen und Umschichtungen vorzunehmen.

Michael Solf (CDU) bittet zur nächsten Sitzung um die Angabe, wie viele zusätzliche Lehrerstellen für Migrantenkinder im nächsten Schuljahr geschaffen würden.

Vera Dedanwala (SPD) bezeichnet es als klar, dass dieser Haushalt auf die Offensive des Landtages aus zeitlichen Gründen noch keine Antwort haben können. Sie begrüße, dass nach den Aussagen von Herrn Zylajew der Weg weiter gemeinsam gegangen werden könne. Jetzt müsse für eine Operationalisierung der Inhalte dieser Offensive gesorgt werden. Dazu werde die Mitarbeit und Zuarbeit des Ministeriums benötigt, was der Minister eben wohl auch zugesagt habe. In einem ersten Schritt gehe es um die Ausgestaltung der Integrationskurse. In diesem mit breiter Infrastruktur ausgestatteten Bereich müsse lediglich über eine Veränderung der Inhalte entschieden werden, was relativ schnell wirksam umgesetzt werden könne. Ein zweiter Schritt beanspruche mehr Umsetzungszeit und betreffe die Frage, wie mit der Beurteilung der Kinder umgegangen werde und welche Folgen sich daraus ergäben. Wegen der hierzu vorhandenen unterschiedlichen Ambitionen schlage sie vor, dass der Ausschuss dazu ein Expertengespräch durchführe, bei dem man sich vortragen lasse, in welcher Form der für die Kinder von viereinhalb Jahren vorgesehene Weg am besten fortgesetzt werden könne. Danach sollten dann Entscheidungen getroffen werden.

Jamal Karsli (GRÜNE) betont, um die angespannte Haushaltslage zu wissen, und betont, deshalb begrüße er die Überrollung der Ansätze. Als Mitglied einer Regierungsfraktion lege er Wert auf die Feststellung, sich noch in den Haushaltsberatungen zu befinden, sodass noch positiv Einfluss genommen werden könne. Für ihn habe eine einstimmig verabschiedete Entschließung fast schon Gesetzescharakter. Daher gelte es, mit der Umsetzung des Entschließungsinhalts anzufangen. Wenn zwischen den vier Fraktionen Einigkeit herrsche, sollte vielleicht ein Plan für die Zeit der Legislaturperiode aufgestellt werden, um am Ende dessen Umsetzung bilanzieren zu können. Es müsse verhindert werden, dass der Landtag zwar eine Entschließung verabschiedet habe, diese aber nur auf dem Papier stehe. Gerade die jüngsten Ereignisse erforderten, dass insbesondere im Aufgabenfeld dieses Ausschusses mehr umgesetzt werde, damit im Vorfeld bereits mögliche Eskalationen unterbunden würden.

Michael Solf (CDU) befürwortet zwar das angeregte Expertengespräch, warnt aber davor, im Rahmen der Haushaltsberatungen die Hände in den Schoß zu legen und erforderliche Maßnahmen auf einen späteren Zeitpunkt zu verlegen. Im verabschiedeten Haushalt müsse letztlich wesentlich mehr stehen, als der Entwurf bisher für Kindergärten und Schulen aufweise. Er hoffe, dass insoweit in diesem Ausschuss dasselbe Ziel verfolgt werde.

Willi Zylajew (CDU) erklärt, seine Fraktion wolle die Inhalte der Entschließung möglichst im nächsten Haushaltsjahr umsetzen. Dazu müsse Geld in die Hand genommen werden. Insofern gelte es, auch im eigenen Steinbruch danach zu suchen, welche Maßnahmen dem Ausschuss zwar bedeutsam erschienen, die aber dennoch für Umschichtungen herangezogen werden könnten. Nach seinem Eindruck bestreite niemand die Aussage des Ministers, erstes Ziel müsse die Haushaltskonsolidierung sein. Hinsichtlich der Neugewichtung gelte es, bei den Kindergärten anzufangen. Insbesondere müsse überlegt werden, was für die vierjährigen Kinder geleistet werden könne, bei denen Sprachdefizite festgestellt würden. Dafür werde man Mittel einsetzen müssen. Im Schulbereich bedürfe es bezüglich der Seiteneinsteiger sehr

schnell finanzieller Hilfe. Die Kommunen müssten im Rahmen der gemeinsamen Verantwortung im Sektor Integrationskurse Umschichtungen vornehmen, wobei von Landesseite symbolische Anreize sinnvoll erschienen. Die Kommunen sollten dafür Mut aufbringen und Ideen entwickeln. Für entsprechende Beschlüsse sei es nicht zu spät, weil man sich noch in den Haushaltsberatungen befinde, in deren Rahmen entsprechende Entscheidungen getroffen werden könnten.

Annegret Krauskopf (SPD) legt Wert darauf, dass beim Expertengespräch Pragmatiker eingeladen würden und der Elementarbereich berücksichtigt werde. - **Willi Zylajew (CDU)** stimmt dieser Forderung ausdrücklich zu.

Minister Harald Schartau (MASQT) zeigt sich erfreut über die freundliche Aufnahme des diesen Ausschuss betreffenden Haushaltsteiles und hebt heraus, dieser Landtag verfüge bundesweit einmalig über einen Migrationsausschuss und habe mit allen vier Fraktionen einen Entschließungsantrag für eine Integrationsoffensive verabschiedet. Zwischen Ministerium und Ausschuss werde es auch eine bundesweit einmalige Zusammenarbeit geben.

Vorsitzende Britta Altenkamp-Nowicki bedankt sich für die Ausführungen des Ministers, der die Ausschusssitzung wegen eines Termins im Rahmen des Ausbildungskonsenses jetzt verlassen müsse.

2 Integrations-Initiative Nordrhein-Westfalen

Vorlage 13/786

Willy Zylajew (CDU) regt an, auf eine Beratung dieses Punktes zu verzichten, weil dieses Papier nunmehr als überholt angesehen werde könne und seine Fraktion ihren Willen darin nicht wiederfinde.

Vorsitzende Britta Altenkamp-Nowicki teilt diese Einschätzung nicht und meint, der Bericht sollte zumindest entgegengenommen werden. Einige Aspekte korrespondierten mit der vom Landtag verabschiedeten Entschließung. - **Vera Dedanwala (SPD)** schlägt vor, den Bericht des Staatssekretärs anzuhören, aber auf eine anschließende separate Aussprache zu verzichten, sondern diese in die später folgenden gemeinsamen Beratungen einzubeziehen.

Der Ausschuss folgt diesem Vorschlag

Staatssekretär Dr. Josef Fischer (MASQT) führt aus: